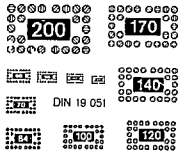

MATERIALIEN

Deutschland als Aufgabe

Grundwertekommission der SPD, Mai 1991

Inhalt

Seite

I. Deutsche Streitfragen 3

Nation und Staat 3
Diskussion über Deutschland — gestern und heute 4
Staatliche Einheit und Währungsunion
Zur Frage nach den Geschwindigkeiten 6
Unterschiedliche Generationserfahrungen 8
Sozialdemokraten und PDS 8

II. Das Zusammenleben gestalten 10

Beide Seiten müssen sich ändern 10
Die soziale Demokratie im Grundgesetz entwickeln 10
Die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse 11
Mitbestimmung und Gewerkschaften 12
Gemeinsamkeiten in Bildung und Kultur 12

III. Der Zusammenbruch des Kommunismus, die voreilige Rechtfertigung des Kapitalismus und das Berliner Programm der SPD 14

C91-636

Friedrich Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

Mitglieder und Berater der Grundwertekommission:

Dr. Erhard Eppler, (Vorsitzender)
Prof. Dr. Detlev Albers
Prof. Dr. Günter Brakelmann
Anke Brunn
Wolf-Michael Catenhusen
Prof. Dr. Iring Fetscher
Prof. Dr. Helga Grebing
Prof. Dr. Richard Löwenthal
Dr. Klaus Mehrens
Dr. Thomas Meyer
Prof. Dr. Susanne Miller
Dr. Hans Misselwitz
Dr. Eberhard Moths
Traute Müller
Heinz Rapp
Dr. Edelbert Richter
Dr. Richard Schröder
Prof. Dr. Johano Strasser
Reinhard Ueberhorst
Dorothee Vorbeck

Sekretär: Burkhard Reichert

I. Deutsche Streitfragen

Nation und Staat

Vor der Reichsgründung von 1871 gehörte die Einheit der Deutschen in Freiheit zu den zentralen Themen der Sozialdemokratie. Sie trug auch darin das Erbe von 1848 weiter. Der Streit zwischen ihren Flügeln — den „Eisenachern", also den Anhängern Wilhelm Liebknechts und August Bebels auf der einen und denen Lassalles auf der anderen Seite — ging um die Frage von 1848: kleindeutsch unter preußischer Hegemonie (dafür waren die Lassalleaner) oder großdeutsch mit Österreich und einer starken Position Sachsens und Süddeutschlands (dafür traten die „Eisenacher" ein).

Für beide Richtungen war die nationale Frage mit der demokratischen aufs engste verknüpft. Bismarcks Politik von „Blut und Eisen" lehnten beide ab. Eindrucksvoll demonstriert wurde das, als Wilhelm Liebknecht und August Bebel nach dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges von 1870/71 als einzige Abgeordnete des Norddeutschen Reichstags ihre Zustimmung zur Kriegsanleihe verweigerten. Nach dem deutschen Sieg von Sedan waren beide Richtungen der jungen Sozialdemokratie für die sofortige Beendigung des Krieges. Als das Führungsgremium der „Eisenacher" zu großen Kundgebungen dafür aufrief, wurde es verhaftet. Die Reichsgründung erlebten Bebel, Liebknecht und andere Sozialdemokraten hinter Gefängnismauern.

In den 12 Jahren des Sozialistengesetzes wurde die Ausgrenzung der Sozialdemokraten aus der nationalen Gemeinschaft am augenfälligsten. Sie hielt auch nach seinem Erlöschen an und gipfelte in dem Schmähwort von Wilhelm II. von den „vaterlandslosen Gesellen". Es sollte eine enorme, lang anhaltende Wirkung haben.

Die Sozialdemokraten führten im deutschen Kaiserreich einen Kampf gegen dessen Kolonial- und Flottenpolitik, gegen die herausgehobene Stellung des Militärs und der Großagrarier. Sie warnten vor einer Annexion von Elsaß-Lothringen, die Frankreich in die Arme Rußlands treiben werde, und sie forderten eine Verständigung des Deutschen Reiches mit England und Frankreich. Ihr Auftreten gegen Deutschlands verhängnisvolles Weltmachtstreben rechtfertigt gerade aus heutiger Sicht den Ausspruch Wilhelm Liebknechts, die Sozialdemokratie sei „die einzige Partei, welche eine echt nationale, das heißt die Interessen des deutschen Volkes fördernde Politik hat".

Umstritten ist bis heute die Politik der SPD im Ersten Weltkrieg. Daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion im August 1914 die Kriegskredite bewilligte und sich auf den innenpolitischen Burgfrieden einließ, daß ihre Mehrheit diese Politik fortsetzte, als die deutschen Eroberungsabsichten schon offensichtlich geworden waren, wird der SPD bis heute zum Vorwurf gemacht. Diese Kritik ist begründet. Nicht bezweifelt werden kann allerdings, daß die Sozialdemokraten sich zu diesem Verhalten entschlossen, um eine deutsche Niederlage, deren Last die Arbeiter tragen müßten, zu verhindern. Sie empfanden dies nicht nur als patriotische, sondern auch als soziale Verpflichtung. Zudem hofften sie, sich von dem Odium der „vaterlandslosen Gesellen" zu befreien und damit ihre Isolation und Machtlosigkeit überwinden zu können. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Eduard Bernstein u.a. empfanden dies als Verrat.

Angesichts der bevorstehenden militärischen Niederlage wurden zum ersten Mal in der deutschen Geschichte Sozialdemokraten in ein Reichskabinett berufen (Oktober 1918). Als im ganzen Reich die Massen gegen die Fortsetzung des Krieges und gegen die Machteliten, die ihn begonnen und verloren hatten, revoltierten, übergab der Reichskanzler Prinz Max von Baden dem SPD-Vorsitzenden Friedrich Ebert sein Amt (9. November 1918). Ebert bildete zusammen mit den Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD), die im Kriege eine eigene Partei gebildet hatten, eine Revolutionsregierung. Die Sozialdemokraten glaubten, es sei ihre Pflicht, für das besiegte und in äußerste Not geratene Vaterland in die Bresche zu springen. So legten sie die Fundamente für die erste Deutsche Republik, in der sie jedoch nur für kurze Zeit und dazu noch in Krisensituationen in der Regierung waren.

Während der Weimarer Republik war sich die SPD mit den meisten anderen politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen einig in der Verurteilung des Versailler Friedensvertrages. Doch im Gegensatz zu den Nationalisten wollte die SPD versuchen, nach Möglichkeit seine Bedingungen zu erfüllen, um bessere auszuhandeln. Sie war in dieser Zeit die Partei einer konsequenten Friedenspolitik, der europäischen Einigung und vor allem der deutsch-französischen Verständigung und bildete daher die stärkste Stütze der Außenpolitik Gustav Stresemanns. Nach seinem Tod im

Oktober 1929 war die SPD nicht weniger isoliert als im Kaiserreich und die letzte Kraft, die die demokratische Republik verteidigte. Die Parteien des deutschen Bürgertums ließen die Demokratie immer mehr im Stich. Ihre Wähler votierten zunehmend für die NSDAP.

Die Machtübergabe Hindenburgs an Hitler war für die Sozialdemokraten die denkbar größte nationale Katastrophe. Im Exil bemühten sie sich, die europäischen Mächte über Charakter und Absichten des NS-Regimes zu informieren und sie vor einem Entgegenkommen gegenüber den neuen Machthabern zu warnen. Anfangs hofften die deutschen NS-Gegner — in der Heimat und im Exil —, daß das Regime durch einen innerdeutschen Volksaufstand gestürzt werden würde. Auch als sich dies als unrealistisch erwiesen hatte, zweifelten die Sozialdemokraten nicht daran, daß ein Teil des deutschen Volkes seinen humanistischen und demokratischen Überzeugungen treu geblieben war. Sozialdemokraten plädierten von Anfang an dafür, Deutschland nach seiner Befreiung von der NS-Herrschaft die Chance eines demokratischen Neubeginns und einer gleichberechtigten Eingliederung in die Völkergemeinschaft zu geben. Der These der Kollektivschuld traten sie von Anfang an entgegen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg besaß für die SPD unter Führung Kurt Schumachers die Wiedervereinigung Deutschlands so hohe Priorität, daß sie alle ihre Entscheidungen an dem Kriterium des Nutzens für die erstrebte nationale Einigung orientierte. Die Opposition der SPD gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, gegen deren Beitritt zum Europarat und zur Montanunion erklärt sich vor allem aus der Befürchtung, daß die Einbindung der Bundesrepublik in den Westen die Teilung Deutschlands auf unabsehbare Zeit zementieren werde. Nicht Adenauers „Politik der Stärke", sondern die Anziehungskraft eines freien, sozialen Westdeutschland sollte nach Schumachers Überzeugung zur Überwindung der Teilung Deutschlands und letztlich zur Schaffung eines vereinten und demokratischen Europa führen.

Der anhaltende Mißerfolg der SPD bei den Bundestagswahlen veranlaßte sie zur Überprüfung ihrer Außen- und Deutschlandpolitik. Sie wurde eingeleitet durch die Bundestagsrede von Herbert Wehner am 30. Juni 1960, in der er der Bundesregierung eine gemeinsame außenpolitische Bestandsaufnahme anbot. Diese Rede markierte das Ende der außenpolitischen Konfrontation zwischen Regierung und Opposition.

Mit dem Eintritt der SPD in die Große Koalition Ende 1966 begann Willy Brandt als Außenminister seine Ost- und Entspannungspolitik. Als Bundeskanzler formulierte Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung 1969 das Ziel, „ein weiteres Auseinanderleben der deutschen Nation zu verhindern, also zu versuchen, über ein gereiltes Nebeneinander zu einem Miteinander zu kommen".

Dieses „Miteinander" zu fördern, war das Streben der Sozialdemokraten bei Kontakten mit Vertretern der DDR, die auf verschiedenen Ebenen zu verschiedenen Themen stattgefunden haben. Sie hatten den gleichen Zweck wie die Helsinki-Vereinbarungen: den Menschenrechten in der DDR Zug um Zug Geltung zu verschaffen. Es war dramatischen weltpolitischen Veränderungen, ausgelöst vor allem von der Politik Michail Gorbatschows, zu verdanken, daß das „Miteinander" in die Vereinigung von DDR und Bundesrepublik Deutschland einmünden konnte, wie es dem Willen der Deutschen entsprach. Sozialdemokratische Ost- und Entspannungspolitik hat daran entscheidenden Anteil. Sie bildet auch eine der Grundlagen für die Umwälzung in der DDR.

Diskussion über Deutschland — gestern und heute

In der DDR war es vor dem Herbst 1989 kaum möglich, das Wort „Deutschland" unbefangen zu gebrauchen. Dort war es offiziell ein verbotenes Wort geworden. Die Nationalhymne durfte nicht mehr gesungen werden, da dort von „Deutschland, einig Vaterland" die Rede war. In der Bundesrepublik war man unbefangener im Gebrauch des Wortes und gebrauchte es oft falsch. Für DDR-Bürger war es ärgerlich, wenn Bundesbürger sagten, sie kämen „aus Deutschland". Auch die Bundesrepublik hatte Probleme mit ihrer Nationalhymne. Wer statt der dritten Strophe des Deutschlandliedes die erste sang, weckte schlimme Erinnerungen an großdeutsche Träume. Und manche wollten das auch.

Das Wort „Deutschland" konnte deshalb nicht mehr unbefangen gebraucht werden, weil Deutschland einen furchtbaren Krieg begonnen und verloren hatte und anschließend geteilt worden war. Die Konfrontation der Bündnisse und Ideologien zementierte die Teilung. Die beiden deutschen Staaten wurden Konkurrenten, die sich gegenseitig in Frage stellten und Alleinvertretungsansprüche erhoben, die Bundesrepublik vor allem auf dem diplomatischen Feld, die DDR mit dem hochfahrenden Anspruch, als das „Neue Deutschland" die besten Traditionen der deutschen Geschichte ausschließlich zu verwirklichen.

Das eine Jahr zwischen dem 9. Oktober 1989, dem Sieg der Demonstranten in Leipzig, und dem 3. Oktober 1990, dem Tag der Einheit, hat alles verändert. Die beiden deutschen Staaten haben sich nach einer friedlichen Revolution in der DDR mit Zustimmung der ehemaligen Alliierten und der anderen europäischen Nachbarn durch Beitritt der DDR zur Bundesrepublik zu einem Staat vereinigt. Im Rückblick erscheinen nun auch die letzten 40 Jahre in einem neuen Licht.

Im Rückblick zeigt sich: es war — bei aller kontroversen Diskussion — richtig, daß die SPD wie die anderen großen Parteien der Bundesrepublik am Ziel der deutschen Einheit immer festgehalten haben. Die Bundesrepublik hat zwar nicht die bestmögliche, aber doch die bessere staatliche und gesellschaftliche Ordnung entwickelt. Die parlamentarische Demokratie und der soziale Rechtsstaat werden bei allen Mängeln im einzelnen von der Bevölkerung bejaht. Sie haben sich bewährt.

Im Rückblick zeigt sich, daß Stabilität und Stärke des kommunistischen Systems vom Westen maßlos überschätzt worden waren. Die DDR war nicht stabil aufgrund einer Zustimmung der Bevölkerung, sondern durch ein System der Drohung und Anpassung. Das oft beschworene und in den Massenaufmärschen angeblich dokumentierte Vertrauensverhältnis zwischen Volk und Partei gab es nicht. Die offizielle, massenhaft eingepaukte Ideologie des Marxismus-Leninismus hat die Mehrheit nie überzeugt. Die politische und gesellschaftliche Ordnung der DDR erwies sich als hohl. Nicht wenige haben sich offenbar in den zurückliegenden Jahren selbst belogen. Es war richtig, daß die Sozialdemokraten der Bundesrepublik eine neue Ostpolitik konzipiert und auf den Weg gebracht haben, die durch Gespräche, Verhandlungen und Verträge Berechenbarkeit zwischen Ost und West befördern, Feindbilder abbauen und menschliche Härten der Trennung mildern sollte. Es war richtig, den Antikommunismus, der im KPD-Verbot und in einer rigiden Handhabung des „Radikalenerlasses" seinen Ausdruck fand, abzubauen, ohne die Absage an den politischen Radikalismus abzuschwächen.

Im Rückblick zeigt sich auch: die beiden Teile Deutschlands hatten sich nicht endgültig auseinandergelebt. Zwar waren für die jüngere Generation der Bundesrepublik die westlichen, nördlichen und südlichen Nachbarländer leichter zu erreichen, leichter zu verstehen und vielleicht auch interessanter als die DDR mit ihren Einreiseschikanen, ihrer befremdlichen Ideologie, ihrer Unfreiheit und ihren Unbequemlichkeiten. Im Gegensatz dazu nahm die DDR-Bevölkerung intensiv am Leben der Bundesrepublik teil — durch Fernsehen und Rundfunk. Und ständig gingen DDR-Bürger „nach drüben", durch Flucht oder Ausreise. Weder die Kriminalisierung der „Republikflucht" noch die Erhöhung der Ausreisequoten konnten den Drang nach „drüben" stoppen. „Drüben", das war nicht die Schweiz, Österreich oder Frankreich, das war immer der andere Teil Deutschlands.

Am dramatisch zunehmenden Ausreisewillen von DDR-Bürgern zerbrach schließlich das SED-Regime. Was auch immer die Ausreisewilligen im einzelnen bewegt hat, für sie war es jedenfalls selbstverständlich, daß sie von Deutschland nach Deutschland gingen. Der 9. November 1989 und der 3. Oktober 1990 waren Festtage. Der Fall der Mauer und der Vollzug der staatlichen Einigung wurden in Ost und West von den meisten Deutschen aufrichtig begrüßt und gefeiert.

Nun kommt der Alltag der Einigung. Es zeigt sich: wir haben nur eine Grundsteinlegung gefeiert, nicht das Richtfest. Die Arbeit der Vereinigung steht uns noch bevor. Sie wird härter und anstrengender werden, als manche erwartet haben. Nun, da wir uns im Alltag näherkommen, entdecken wir auch manches Befremdliche und Unverständliche aneinander. Was im Osten jeder schon begriffen hat, kommt im Westen langsamer zum Bewußtsein: vieles wird anders. Obwohl die deutsche Einigung vor allem in den neuen Bundesländern täglich Probleme aufwirft, die umgehend nach Lösungen rufen, muß doch Zeit sein für grundsätzliche Besinnungen. Wenn Deutsche in Ost und West nun wieder sagen „wir sind Deutsche", was sagen sie damit?

1. Wir gehören zusammen. Die Geschichte, die uns verbindet, ist sehr viel länger und bunter als die 40 Jahre der gewaltsamen Trennung.

In den neuen Bundesländern wird verschüttete Geschichte entdeckt. Die Neugründung dieser Länder selbst wird eine Hinwendung zu den Regionen, ihrer Tradition und Geschichte bringen. Dadurch wird der andere Teil der deutschen Geschichte, der uns mit Ost-Europa verbindet, lebendiger. Wir haben die Chance, eine Dimension zurückzugewinnen, mit der unsere Nachbarvölker sehr viel unbefangener umgehen können: die eigene Geschichte. Die Geschichte beider deutscher Staaten gehört dazu. Deutscher zu sein heißt, an dieser gemeinsamen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen teilzuhaben und teilzunehmen, mit ihr in ihrer Gesamtheit zu leben.

2. Mit der Annahme unserer Geschichte übernehmen wir auch gemeinsam die Haftung für die geschichtliche Schuld der Deutschen. Unsere besondere Verpflichtung gegenüber dem jüdischen Volk darf nicht vergessen werden.

Wenn wir zu unseren östlichen Nachbarn dieselbe Nachbarschaftlichkeit gewinnen wollen wie zu Franzosen und Briten, müssen wir vor Augen haben, welch tiefe Wunden der nazistische Wille zur Versklavung und Vernichtung dort hinterlassen hat.

3. An das Deutsche Reich von 1871 und an das spätere sogenannte „Dritte Reich" erinnern sich unsere Nachbarn mit Grausen. Unser Staat heute sollte bewußt und betont ein Bund deutscher Länder bleiben und kein „Reich" werden. Die überwundene Zweistaatlichkeit war nicht die Fortsetzung des deutschen Föderalismus. Weil die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten nur eine politisch-ideologische Front markierte, mußte sie fallen, als die Ost-West-Konfrontation fiel.

Deutschland, westlich geprägt, liegt in der Mitte Europas. Dies muß uns zur Verpflichtung werden. Die Deutschen haben sich an einer Aufgabe zu bewähren, die ganz Europa gestellt ist. Wenn es den Deutschen gelingt, die Lebensverhältnisse in Ost und West rasch einander anzunähern, wird dies ein Zeichen der Hoffnung für Ost- und Westeuropa sein. Wenn wir politisch unserer geographischen Lage gerecht werden wollen, muß Deutschland ein Land der Begegnung und Vermittlung werden. Wir vereinigen auch unsere Beziehungen, die die einen von uns mehr in Richtung Westen, die anderen mehr in Richtung Osten entwickelt haben. In den Grenzregionen Deutschlands ist über Jahrhunderte hin jeweils die Kultur der Nachbarn präsent. Deutscher zu sein ist keine Frage der Abstammung, es ist begründet in der Staatsbürgerschaft und im Bewußtsein der Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft. Die deutsche Vereinigung muß uns Verpflichtung sein, die europäische Vereinigung zu befördern.

Staatliche Einheit und Währungsunion. Zur Frage nach den Geschwindigkeiten

Niemand hat das Tempo der Ereignisse voraussehen können: als in Berlin die Mauer fiel, war ein verhaßtes politisches System gescheitert, die Gestaltung einer neuen und besseren Ordnung aber nicht vorausgedacht. Viele der vom Kommunismus befreiten Deutschen stellten sich die Aufgabe, ihren Staat in freier Selbstbestimmung zu dem werden zu lassen, was er bisher vorgegeben hatte zu sein: eine deutsche demokratische Republik.

Nahe lag der Gedanke an eine Konföderation der beiden deutschen Staaten; sie sollte die schrittweise Annäherung und Angleichung politisch, wirtschaftlich und sozial ermöglichen. Dem demokratischen und sozialen Rechtsstaat sollte die sozial und ökologisch gesteuerte Marktwirtschaft entsprechen. Die konföderative Bindung an die Bundesrepublik — auch deren beratende und finanzielle Hilfe — sollte die allmähliche Umgestaltung der Wirtschaft und ihrer Ordnung ermöglichen — einen „sanften" Prozeß demokratisch gesteuerter kleiner Schritte. So hofften viele, Bewährtes zu erhalten und Firmenzusammenbrüche oder Massenarbeitslosigkeit zu vermeiden.

Es galt, die dafür nötige Zeit zu gewinnen. Das Stichwort für die Umsetzung dieses Programms lautete „Währungsverbund" (Wechselkursverbund der eigenständigen Währungen der beiden konföderierten Staaten). Aber dafür blieb keine Zeit.

Erst „mit den Füßen" und dann auch an den Wahlurnen haben die Bürgerinnen und Bürger der DDR für die rasche staatliche Einheit abgestimmt. Eine DDR ohne Kommunismus erwies sich als Chimäre. Die Einheit kam in einem Tempo, das vorher niemand für möglich gehalten hatte. Die weltpolitische Konstellation erwies sich als günstig. Im Einvernehmen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges konnte die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes *) der Bundesrepublik Deutschland beitreten; überraschend schnell konnte der Zwei-

plus-Vier-Vertrag vereinbart und vollzogen werden. Es ist heute müßig, darüber zu streiten, ob die Eile richtig und nötig war. Sie war möglich und von der Mehrheit der Menschen in der DDR gewollt. Ob es dazu Alternativen gegeben hätte, läßt sich, wie immer, nachträglich nicht beweisen. Manche Argumente sprechen überdies gegen die Möglichkeit eines sanften Übergangs.

Mit der Entscheidung für die staatliche Einheit war das „Modell Währungsverbund" erledigt: staatliche Einheit setzt einheitliche Währung voraus. Die Währungsunion war somit zwingend. Eine Währungsordnung läßt sich allerdings nicht einfach einführen, eine Währungsunion nicht kurzerhand herstellen: die realwirtschaftlichen Voraussetzungen müssen stimmen, zumindest wollen sie bedacht sein. Die Währungsunion sollte die Angleichung der ostdeutschen Realwirtschaft an die westdeutsche anstoßen, fördern und erzwingen.

Ob dies — überhaupt, in welchem Zeitraum, zu welchen sozialen und finanziellen Kosten — gelingen könnte, hing von der Qualität der Vereinbarungen ab, die damals noch in Form von Staatsverträgen auszuhandeln waren. Die Bürgerinnen und Bürger der fünf neuen Bundesländer erfuhren den Übergang von der staatlichen zur sozialen Einheit vorerst eher als Katastrophe denn als Ermutigung.

Dazu ist zweierlei zu sagen:

1. Die Währungsunion hat die Ausweglosigkeit, in welche die DDR-Wirtschaft geraten war, deutlich gemacht, aber nicht verschuldet.

2. Zum Zusammenbruch, zu Massenarbeitslosigkeit, Firmenzusammenbrüchen in großer Zahl, finanzieller Auszehrung der privaten und der öffentlichen Haushalte hätte es nicht kommen müssen, wenn die vertraglichen Grundlagen zur staatlichen Einheit und zur Währungsunion umsichtiger konzipiert und sorgfältiger ausgehandelt worden wären.

Die Kritik der SPD zielte im wesentlichen auf die seitdem offenkundig gewordenen Versäumnisse und Mängel der vertraglichen Regelungen. Wären die Lösungsvorschläge der SPD zur Geltung gekommen, hätte es zu dem tiefgreifenden Vertrauensverlust nicht kommen müssen, der heute in Ostdeutschland zu beklagen ist.

— Es war abzusehen, daß nicht nur der Ost-Handel (im wesentlichen der Außenhandel der früheren DDR) wegbrechen würde, sondern daß darüber hinaus auch die Binnennachfrage in den neuen Bundesländern sich von den DDR-Produkten zu den mit dem neuen Geld erreichbaren westlichen Waren verlagern würde. Eine bewußt betriebene Beschäftigungspolitik hätte sofort bei den dringlichsten Infrastrukturmaßnahmen ansetzen müssen, bei einer sicheren Nachfrage, die im wesentlichen Ortskräfte gebunden hätte. Statt dessen wurde in Ostdeutschland mit Westgeld im wesentlichen Konsumnachfrage stimuliert, die den westdeutschen Boom verstärkte, die ostdeutsche Beschäftigung auszehrte und ohne jeden Effekt für die Investitionen in der ostdeutschen Wirtschaft war.

— Die Bundesregierung hat eine rechtzeitige handhabbare Regelung der Eigentumsverhältnisse nicht zugelassen. Die Bürgerinnen und Bürger in den neuen Bundesländern hatten darauf vertraut, daß nach der Bundestagswahl viele westdeutsche Unternehmen in Ostdeutschland investieren würden. Daß dem nicht so war — bei unklaren Eigentumsverhältnissen nur zu verständlich —, hat die Stimmung zum Aufschwung umkippen lassen in Verdrossenheit, Mißtrauen und Lethargie.

— Viel zu spät und dann nur halbherzig wurde damit begonnen, mit Hilfe westdeutscher Fachleute die Verwaltungskraft der Ostländer zu stärken, die Justiz handlungsfähig zu machen und Sachverstand für all jene Bereiche zu übertragen, in denen eine starre Staatswirtschaft Wissen und Können unterentwickelt ließ. Versäumt wurde auch, soziale Überbrückungshilfen wirksam mit Anreizen zur Ausbildung und Qualifizierung zu verbinden.

— Für die Regelung der Altschulden der DDR hätte auf gute Erfahrungen zurückgegriffen werden können, die im Zuge der Währungsreform nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland gemacht worden waren.

— Verheerend wirkten die falschen Versprechungen des Bundeskanzlers, niemand werde wegen der deutschen Einheit auf etwas verzichten müssen, vielen werde es sofort besser gehen. Die geradezu verbiesterte Zurückweisung jedes Gedankens an eine Steuererhöhung wird als „Steuerlüge" durchaus richtig charakterisiert.

Das Volk war — bei gerechter Lastenverteilung — in seiner großen Mehrheit zu Opfern bereit. Als die Politik darauf nicht einging und so tat, als sei alles durch Schuldenma-

chen bequemer zu haben, brach die Bereitschaft zur Solidarität zusammen und hob die Zeit der Mißgunst und des Feilschens an. Die Bundesregierung hat die Menschen moralisch unterfordert. Dabei verkennen wir nicht, daß auch wir Sozialdemokraten die moralische Aufgabe, die sich aus der deutschen Einigung ergab, nicht überzeugend formuliert haben.

Wir Sozialdemokraten tadeln die Bundesregierung nicht für das Tempo der deutschen Einigung, also auch nicht für die Folgen dieses Tempos. Die Mehrheit der Menschen in der DDR wollten ihren Staat so rasch wie möglich loswerden.

Aber wir werfen der Bundesregierung vor, daß sie die Deutschen in West und Ost — wider das bessere Wissen, das ja nicht nur in der Sozialdemokratie vorhanden war — im unklaren darüber ließ, was die rasche Einigung an Gefahren mit sich brachte und an Opfern verlangte. Wer sich aus verständlichen Gründen für die rasche Einheit entschied, mußte wissen, daß dies für den Osten gewaltige Umbrüche, Verluste und Entbehrungen, für den Westen beträchtliche Leistungen und Opfer für mindestens ein Jahrzehnt bedeutete.

Wir Sozialdemokraten haben der Bundesregierung in jeder Phase des gewiß schwierigen Weges zur deutschen Einheit Zusammenarbeit angeboten, in Form eines Runden Tisches, nicht der Großen Koalition. Die Bundesregierung ist darauf zuerst gar nicht und später halbherzig eingegangen. CDU/CSU und FDP haben parteitaktische Erwägungen über die notwendige Gemeinsamkeit gestellt. Sie wollten die Einheit allein, ohne die Sozialdemokraten, zuwege bringen. Die Rechnung ist nicht aufgegangen — der Schaden ist gewaltig.

Für uns Sozialdemokraten gilt weiterhin, woran wir im ganzen Jahr 1990 keinen Zweifel gelassen haben: Es gibt keinen Punkt, über den wir auf dem Feld der deutschen Einigung nicht gesprächsbereit wären. Wir wollen eine deutsche Einheit, die diesen Namen verdient.

Unterschiedliche Generationserfahrungen

„Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört" — dieser Satz Willy Brandts, seit Herbst 1989 immer wieder aufgegriffen, beschreibt genau Denken und Empfinden der Sozialdemokraten, die über Jahrzehnte die Einheit Deutschlands angestrebt haben. Er kann jedoch nicht verdecken, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Deutschen ganz unterschiedlich ausgeprägt war. Zu einem Problem der Politik wurde dies, wo unterschiedliche Wahrnehmungen in Ost und West sich verbanden mit einem Konflikt zwischen Jung und Alt.

Wer in der alten Bundesrepublik groß geworden ist, hat die deutsche Zweistaatlichkeit kaum noch als Einbuße erlebt. Die zunehmende Verflechtung mit den nord-, süd- und westeuropäischen Nachbarländern wurde als Heraustreten aus nationalstaatlicher Enge begrüßt; die Schwierigkeit der Kommunikation nach Osten erschien demgegenüber leicht zu verschmerzen.

So überrascht es nicht, daß viele Jüngere aus den alten Bundesländern die Vereinigung vielfach als ein unbequemes und freudloses Thema ansahen. Alle mußten lernen, daß die Frage nach der deutschen Einheit schon aus Gründen der Verfassung einzig und allein von den Menschen in der DDR zu beantworten war. Viele mußten und müssen lernen, die deutsche Einheit nicht als Last der Vergangenheit hinzunehmen, sondern als Chance zu Weltoffenheit und europäischem Handeln auf einer neuen, tragfähigeren Basis anzunehmen.

Wenn nicht alles täuscht, hat sich hier in wenigen Monaten viel verändert. Junge Menschen, die mit der Einheit ihre Mühe hatten, sind heute oft eher bereit zu solidarischem Teilen als manche von denen, die sich in nationalem Pathos ergingen.

Viele Anzeichen sprechen dafür, daß die deutsche Einheit in der DDR weniger generationstypische Unterschiede zutage gefördert hat als in der alten Bundesrepublik. Hier wie dort fehlt der jüngeren und mittleren Generation jede eigene Erfahrung, die vor die Zweistaatlichkeit zurückreicht. In den neuen Bundesländern wurde die Einheit jedoch auch von den Jüngeren eher als Chance und Hoffnung erlebt. Die Jüngeren können die Chancen, die sich aus dem Vereinigungsprozeß ergeben, oft besser nutzen als die Älteren.

Jetzt kommt alles darauf an, daß Hoffnung nicht dauerhaft in Resignation und Zynismus, Vertrauen nicht in Bitterkeit und Radikalismus umschlagen.

Sozialdemokraten und PDS

Die Sozialdemokratische Partei in der DDR ist gegründet worden, um das Herrschaftsmonopol der SED zu brechen und Rechtsstaatlichkeit und parlamentarische Demokratie zu erzwingen. Nach der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im Jahre 1946 war in der SED alles Sozialdemokratische verfemt und ausgemerzt, Sozialdemokraten waren erbarmungslos verfolgt worden. Es gab keine wirkliche Teilhabe an Entscheidungen in Staat und Gesellschaft. Die SED und ihr Staat waren streng hierarchisch und zentralistisch gegliedert. Damit bedeutete die Inbesitznahme von Staat und Gesellschaft, daß es bis auf die Kirchen keinen gesellschaftlichen Ort gab, an dem politische Willensbildung sich entfalten konnte. Nicht von ungefähr hatten die oppositionellen Gruppen und die neugegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR einen kirchlichen Hintergrund.

Die Gründung der SDP, ihr Anklang in der Bevölkerung und ihre Anerkennung durch die SPD und die Sozialistische Internationale stellten die SED vor das Problem ihrer Selbstdefinition. Verstand sich die SED historisch als Einheit von KPD und SPD, wurde ihr mit der Gründung der neuen Partei, die sich gleichzeitig als die alte verstand (ohne unmittelbar rechtshistorisch an sie anzuknüpfen), die Legitimität des sozialdemokratischen Erbes entzogen. In der Konsequenz hätte sie sich wieder als kommunistische Partei bekennen oder auflösen müssen.

Sie tat beides nicht. Einerseits wollte sie ihre Rechtskontinuität wahren und so den in den Jahrzehnten der Diktatur erworbenen Reichtum sowie die gute Infrastruktur für sich erhalten, andererseits stellte sie sich seit Dezember 1989 als völlig erneuerte Partei ohne jede Verantwortung für die Vergangenheit dar. Dieser verlogene Versuch der Selbstrettung macht es der SPD unmöglich, die PDS als Partner anzuerkennen, auch da, wo sie gleiche oder ähnliche Positionen vertritt wie die SPD. Damit ist nicht bestritten, daß unter denen, die ihr angehören, nicht wenige persönlich integre Menschen sein mögen, die ihre politische Überzeugung ehrlich vertreten. Viele Mitglieder der ehemaligen SED standen unter Druck und waren in dieser zentralistischen Partei mindestens ebenso entmündigte Opfer wie politisch Handelnde. Viele waren nur Mitglied, um gesellschaftlichen Druck besser ertragen zu können und um persönlicher Ziele willen, die nur mit dieser Mitgliedschaft zu erreichen waren. Anpassung war die Bedingung halbwegs ruhigen Lebens. Diese Menschen, die jetzt am demokratischen Leben der Gesellschaft teilhaben wollen, dürfen nicht ausgegrenzt werden.

Mit vielen Mitgliedern der PDS lohnt sich ein Streit darüber, ob es vertretbar ist, eine Partei weiterzuführen, die Generationen von Menschen entmündigt, viele verfolgt und nicht wenige umgebracht hat, ob es angeht, dabei vom Profit dieser Unrechtsherrschaft die Verbreitung eines total veränderten Programms zu finanzieren. Alle Deutschen werden darüber entscheiden, ob sie der PDS die moralische Autorität zubilligen, die nötig ist, um bei der Gestaltung der größeren Bundesrepublik mitzuwirken.

Im gemeinsamen Papier der Grundwertekommission der SPD und der Akademie der Gesellschaftswissenschaften der SED „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit" (1987) haben beide Seiten ihr jeweiliges Selbstverständnis schroff gegenübergestellt (Kap. III). Die PDS hält an keiner dieser Positionen fest, die sie damals (als SED) formulierte, die SPD an allen. Wenn die PDS, wie ihre programmatischen Äußerungen vermuten lassen, die damals bekämpften sozialdemokratischen Positionen übernommen haben sollte, so bleibt die Frage, wozu eine Partei gebraucht wird, welche, von einer Revolution gezwungen, sich von heute auf morgen zu Positionen bekennt, die sie vier Jahrzehnte lang für verderblich erklärt hat.

*) Artikel 23
(Geltungsbereich des Grundgesetzes)
Dieses Grundgesetz gilt zunächst im Gebiet der Länder Baden, Bayern, Bremen, Groß-Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern. In anderen Teilen Deutschlands ist es nach deren Beitritt in Kraft zu setzen.

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

II. Das Zusammenwachsen gestalten

Beide Seiten müssen sich ändern

Je deutlicher die Umbrüche werden, die mit der deutschen Vereinigung einhergehen, um so klarer wird: Beide Seiten müssen sich ändern. Weder nach außen noch nach innen läßt sich die Zukunft Deutschlands als vergrößerte Bundesrepublik konzipieren. Niemand dispensiert einen Staat dieser Größe von seiner weltpolitischen Mitverantwortung. Dieser Mitverantwortung entkommen die Deutschen auch nicht durch den Hinweis auf ihre Verpflichtungen in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO.

Die Deutschen können ganz Europa einen Dienst leisten, wenn sie das wirtschaftliche Zusammenwachsen der deutschen Teile von Anfang an als europäischen Vorgang begreifen und daraus Erfahrungen für den Bau eines gemeinsamen europäischen Hauses zu gewinnen suchen, das auch die Länder des früheren Warschauer Paktes mit umfaßt.

Auch dies ist nicht zu leisten durch Fortschreibung des bisher Gewohnten. Es verlangt Lernbereitschaft, Rücksichtnahme und Offenheit für Fremdes und Neues.

Es ist unsere Chance, solch neues Denken und Verhalten im Miteinander der Deutschen einzuüben. Niemand kann ungeschehen machen, daß der Vereinigungsprozeß zunächst einmal die größeren Anstrengungen und Opfer von den Menschen in der ehemaligen DDR verlangt. Solange dies aber als bloßes Aufholen und Anpassen an die Verhältnisse in der alten Bundesrepublik abläuft, wird die eine Seite gedemütigt und die andere durch eine zweifelhafte Vorbildrolle überfordert. Während die östlichen Bundesländer sehenden Auges in manche Sackgassen zu laufen hätten, die den westlichen nicht erspart blieben, könnten die alten Bundesländer sich in diesen Sackgassen einrichten.

Dagegen kann es das Zusammenwachsen erleichtern, wenn wir unsere Energien nach vorn richten auf das Ineinandergreifen von ökologischem Umbau und Gesellschaftsreform in der neu zu schaffenden Bundesrepublik Deutschland.

Die soziale Demokratie im Grundgesetz entwickeln

Seit mehr als 150 Jahren verbinden deutsche Demokraten staatlichen Neubeginn jeweils mit der Ausarbeitung eines Verfassungswerkes. Das war in der Nationalversammlung der Paulskirche nicht anders als in Weimar und bei der Gründung der Bundesrepublik. Es wäre gegen eine wertvolle Tradition unserer Geschichte, wenn wir die staatliche Vereinigung nicht nutzten, um unsere Verfassung zu erneuern. Ein intensiver Verfassungsdialog des ganzen Volkes wird unerläßlich. Er soll es allen Deutschen erleichtern, sich mit ihrem gemeinsamen Staat und seinen Institutionen zu identifizieren. In den östlichen Bundesländern sind Verfassungen neu auszuarbeiten, die Berliner und die niedersächsische Landesverfassung sind zu ergänzen. Aber auch das Grundgesetz muß fortgeschrieben werden. Wir treten dafür ein, umgehend den Verfassungsrat zu konstituieren, wie er im Einigungsvertrag vorgesehen ist. Die Ergebnisse der parlamentarischen Beratung sollen durch eine Volksabstimmung legitimiert werden. Damit kann einem Defizit des alten Grundgesetzes abgeholfen werden.

Im einzelnen fordern wir, das Grundgesetz in den folgenden Punkten zu ergänzen und zu präzisieren:

— Der Schutz der Umwelt und das Recht auf Arbeit sind als Staatsziele in die Verfassung aufzunehmen.

— Die Mitbestimmung der Beschäftigten in Betrieben, Unternehmen und Dienststellen ist verfassungsrechtlich zu garantieren.

— Die neue Verfassung muß unmittelbare Bürgerbeteiligung zulassen. In gesetzlich festzulegenden Grenzen sollen Volksbegehren und Volksentscheid in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen.

— Die föderativen Gestaltungsrechte von Ländern und Kommunen sind zu stärken. Dies gilt auch für ihre Entscheidungsautonomie im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und für die Sicherung ihrer finanziellen Eigenständigkeit.

— Internationale Zusammenarbeit, Abrüstung und Nord-Süd-Solidarität sollten Verfassungsrang erhalten. Das Ausländerwahlrecht auf kommunaler Ebene ist zu ermöglichen. Herstellung, Gebrauch und Lagerung von Massenvernichtungsmitteln sind zu verbieten. Der Export von Rüstungsgütern in Länder außerhalb der NATO ist zu unterbinden.

Am schwierigsten wird es sein, sich auf die künftigen Aufgaben Deutschlands in der internationalen Gemeinschaft zu verständigen. Das vereinigte Deutschland kann auf Dauer in keinem Bereich besondere Rechte für sich in Anspruch nehmen. Aber nur ohne Zeitdruck und in einigem Abstand vom Golfkrieg kann eine gründliche Diskussion zu einem nach innen und außen vertretbaren Ergebnis führen.

Die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse

Die Einheit wird erst vollendet, dem Grundgesetz unserer Republik erst Genüge getan sein, wenn in der staatlichen Einheit auch die Arbeits- und Lebensbedingungen in Ost und West einheitlich sein werden. Dieser vordringlichen Aufgabe hat sich die Politik auf Jahre hinaus zu stellen. Sie wird nur zu meistern sein, wenn alle gesellschaftlichen Kräfte sich dazu zu einem Solidarpakt zusammenfinden. Die Teilung muß durch Teilen überwunden werden. Wo aber geteilt werden muß, muß es gerecht zugehen.

Im Vordergrund steht die wirtschaftliche Dimension der Aufgabe, von der die soziale und die ökologische nicht zu trennen ist.

Durch Währungsunion und staatliche Einheit sind eine florierende und eine ruinierte Volkswirtschaft aufeinandergestoßen. Überließe man beide der Mechanik der kraß unterschiedlichen Gewichte, könnte die schwächere Volkswirtschaft nicht überleben. Politik muß das verhindern — und sie kann es auch, indem sie einen Prozeß des Gebens und Nehmens, der Hilfe zur Selbsthilfe und des gegenseitigen Nutzens organisiert. Dabei muß sich die integrierende Kraft des Marktes entfalten können — aber so, daß die überlegene Marktkraft der Wirtschaft des Westens die der neuen Bundesländer nicht erdrückt. Soziale Absicherung ist nötig, wo nicht zukunftsfähige Produktionsanlagen aufgegeben werden müssen.

Eine solche Politik ist schwierig und anfällig, aber sie kann gelingen. Unsere Ausgangslage ist sehr viel günstiger als die unserer östlichen Nachbarn, die ihre ruinierten Volkswirtschaften ohne die Möglichkeit des internen Ausgleichs erneuern und aufbauen müssen.

Die industrielle und die landwirtschaftliche Produktion der ehemaligen DDR sind nach der Wirtschafts- und Währungsunion unter dem Einfluß westlicher Konkurrenz und des Ausfalls der osteuropäischen Märkte vom Zusammenbruch bedroht. Obwohl die Konkurrenzfähigkeit ostdeutscher Produkte gegenüber westlichen bekannt war, gab es vor allem in der ehemaligen DDR die Hoffnung, daß eine schnelle staatliche Vereinigung das für die Modernisierung notwendige westdeutsche Kapital leichter verfügbar machen würde. Verheerend war die von der Bundesregierung genährte Illusion, daß dies der privaten Initiative und den Mechanismen des Marktes überlassen bleiben könne. Dieser Irrtum muß heute von Millionen Arbeitslosen teuer und schmerzhaft bezahlt werden.

Mit jedem Tag, der vergeht, ohne daß ein durchgreifendes und umfassendes Konzept für die wirtschaftliche Erneuerung im Osten wirksam wird, vertieft sich der Graben, der anstelle der Mauer heute noch die Menschen trennt. Nur durch eine angemessene finanzielle Ausstattung der Kommunen und länder im Osten, begleitet von schneller personeller Hilfe beim Aufbau der Verwaltungen, Vereinfachung der Verwaltungsabläufe besonders bei der Klärung der Eigentumsfragen, Investitionsanreize, Infrastrukturförderung, Arbeitsbeschaffungs- und Qualifizierungsinitiativen kann ein Wiederaufbau der ostdeutschen Wirtschaft in absehbarer Zeit gelingen.

Die SPD hat dafür einen Nationalen Aufbauplan für die neuen Länder vorgelegt. Die Solidarität aller ist gefordert, weil ohne spürbare finanzielle Opfer eine rasche Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern nicht zu erreichen ist.

Es geht allerdings nicht nur um eine schematische Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im Sinne eines vergleichbaren materiellen Lebensstandards. Entscheidend ist, welche Möglichkeiten aktiver politischer und wirtschaftlicher Gestaltung den Menschen in den neuen Bundesländern eingeräumt werden.

Dazu ist gestärkter und funktionsfähiger Föderalismus unerläßlich. Eine Neuordnung der Finanzverfassung muß den neuen Bundesländern mehr Autonomie für die Bewältigung spezifischer Aufgaben einräumen.

Die Politik des SED-Staates hat die Menschen von den Früchten vierzigjähriger Arbeit enteignet, private materielle Sicherung durch Vermögensbildung verhindert. Das vom Staat gesicherte Recht auf Wohnen kann daher heute nicht einfach durch privaten Wettbewerb auf dem Wohnungsmarkt abgelöst werden. Das Produktivvermögen in

Industrie und Landwirtschaft entspringt der Arbeitsleistung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR. Ohne eine Politik, die dieses Vermögen sinnvoll nutzbar macht, auch durch gemischte Eigentumsformen, wird nicht nur vorausgegangene Enteignung besiegelt, sondern auch der wirtschaftliche Neubeginn behindert. Dies muß sich im Auftrag der Treuhandanstalt niederschlagen.

Die Wirtschaft in den neuen Bundesländern braucht Frauen und Männer in großer Zahl mit unternehmerischen Fähigkeiten, mit Initiative, Wissen und Können, mit Beharrlichkeit und Risikobereitschaft. Sie braucht Frauen und Männer, die mit eigenem Kapitaleinsatz und öffentlicher Hilfe kleine und mittlere Unternehmen gründen, ebenso wie Führungskräfte, die — und sei es auf Zeit — Aufgaben in Filialbetrieben westdeutscher Unternehmen ausüben.

Die Angleichung der Arbeits- und Lebensverhältnisse im vereinten Deutschland ist mehr als eine nationale Aufgabe. Sie kann eine Perspektive öffnen für die Menschen in Osteuropa. Scheitern wir an unserer Aufgabe, besteht weniger Hoffnung für die Völker Osteuropas und noch weniger für die Zweidrittelwelt. Schließlich würde der Westen selbst durch die Folgen der Verarmung im Rest der Welt gefährdet.

Wichtig ist aber vor allem, vor Ort unternehmerisches Engagement zu wecken. Glücksritter aus dem Westen, die es um des schnellen Profits willen nach Osten zieht, schaden dem Ansehen der Marktwirtschaft ebenso wie jene, die die Notlage der Menschen in den neuen Bundesländern in ausbeuterischen Leiharbeitsverhältnissen ausnützen.

Mitbestimmung und Gewerkschaften

Die Mitbestimmung war in der früheren Bundesrepublik Deutschland von einem breiten gesellschaftlichen Konsens getragen und hat sich über Jahrzehnte bewährt. Sie hat auch international Anerkennung und Zustimmung gefunden. Dieser breite Konsens bestand nicht immer; im Gegenteil: Die Mitbestimmung erweist sich oft genug als ein Konfliktfeld, in dem die unterschiedlichen Interessen von Gewerkschaften und Unternehmensverbänden aufeinanderstoßen.

Unser erklärtes Ziel für eine menschengerechte Gestaltung der Arbeitswelt ist die Sicherung und der Ausbau der Mitbestimmung; „wir wollen", heißt es im Berliner Grundsatzprogramm, „die Teilhabe aller am Sagen und Haben der Wirtschaft".

Der Zusammenbruch industrieller Strukturen in den neuen Bundesländern erfordert das Zusammenwirken von staatlicher Steuerung, unternehmerischer Initiative und gewerkschaftlicher Schutz- und Gestaltungsmacht. Unabdingbar dafür sind Beschäftigungsgesellschaften und Qualifizierungseinrichtungen sowie Technologieberatung, auch zur Produktkonversion. Die Treuhandanstalt ist nach Bundesländern zu regionalisieren und dadurch der Mitbestimmung zugänglich zu machen.

Gerade in der Phase des Aufbaus und der Erneuerung besteht die Chance zu einer Unternehmenskultur, die der Mitbestimmung am Arbeitsplatz, im Betrieb und Unternehmen sowie in den überbetrieblichen Organen Raum gibt und so auch die schöpferischen Kräfte der Arbeitnehmer zusammenführt mit denen der Unternehmer.

Gemeinsamkeiten in Bildung und Kultur

Gemeinsamkeit kann, wenn wir unserer föderalistischen Tradition treu bleiben, nicht auf Uniformität hinauslaufen. Die Kulturhoheit der Länder bietet gerade im Bereich Bildung, Wissenschaft und Kultur die Möglichkeit, eigene Wege zu gehen. Diese Chance sollte von den neuen Ländern selbstbewußt wahrgenommen und von den alten Ländern bewußt unterstützt werden. Wie innerhalb der EG die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen aufgrund von gegenseitigem Vertrauen nach allgemeinen Kriterien geregelt werden konnte, so sollten auch Vereinbarungen der Kultusminister Rahmenvereinbarungen mit größeren Spielräumen für die Unterschiedlichkeit der Länder enthalten. Zum Beispiel sollte die sehr einfache Zugangsregelung für Studierende aus den neuen Ländern in den Hochschulen der alten Länder über längere Zeit erhalten bleiben. Es muß sichergestellt werden, daß die östlichen Länder den westlichen vergleichbare Anteile ihrer Finanzmittel für Bildung, Hochschule und Kultur einsetzen können. Zur Gleichheit der Lebensverhältnisse gehört auch eine vergleichbare Infrastruktur für Kultur und Bildung.

Auch wenn im Vordergrund der Gemeinschaftsanstrengungen vorläufig zu Recht Investitionsförderung und Arbeitsplatzbeschaffung stehen, dürfen Bildung und Kultur in der allgemeinen Not nicht zu kurz kommen.

Der kulturellen Infrastruktur in den Ländern der ehemaligen DDR droht der Zusammenbruch. Kultur wird wie im Vulgärmarxismus als „Überbau" eingestuft oder als teurer Luxus beiseite geschoben. Für all dies gibt es verständliche Gründe, auch in den neuen Möglichkeiten des Konsums und in der begrenzten Kaufkraft. Dies ist aber um so bedrückender, als die Kultur in der Zeit der Spaltung die Einheit der Nation bewahrt und repräsentiert hat. Bei aller Vielfalt und Gegensätzlichkeit kam es nicht zur Herausbildung zweier deutscher Kulturen. Kultur hätte heute die Aufgabe, an gemeinsame Vergangenheit zu erinnern, Gegenwart zu deuten und Zukünfte zu entwerfen.

„Der Staat darf nicht Vormund der Kultur, er soll Garant kultureller Vielfalt sein", sagt das Berliner Grundsatzprogramm. Auf keinen Fall darf die Politik dem Verfall von Kultur zusehen oder gar dazu beitragen. Sie muß dem kulturellen Leben die äußeren Bedingungen schaffen. Deshalb müssen den Ländern und Gemeinden für längere Übergangsfristen die Mittel zur Verfügung gestellt werden, die nötig sind, um das kulturelle Erbe — „vom Fontane-Archiv über die bedeutenden Kirchen bis zum Bauhaus" — zu pflegen, den Künstlern den Übergang von der einen Lebensform in die andere zu erleichtern und einzelne DDR-spezifische, in den neuen Ländern erwünschte Förderungsformen zu erhalten.

Im Schulbereich brauchen die neuen Länder Zeit, um nach eigenen Bildungsperspektiven ihre Gesetze zu entwickeln. Vorrang vor aller nötigen Umstrukturierung sollte die inhaltliche Neuorientierung haben. Es kann nicht darum gehen, Westmodelle unverändert zu übertragen, z.B. das hierarchisch gegliederte Schulsystem der alten Bundesländer in den neuen Ländern einzuführen. Eine Gesamtschule, die differenziert fördern will statt auszulesen, um mehr Chancengleichheit herzustellen, hat nichts mit der Nivellierung der Einheitsschule zu tun.

Bei den Hochschulen bietet gerade der beträchtliche Nachholbedarf beim Ausbau von Hochschulen erhebliche Erneuerungschancen. Wenn diese Chancen genutzt werden, könnte dies auf die westlichen Bundesländer zurückwirken. An der Erneuerung müssen die Hochschulen und die von den Veränderungen Betroffenen beteiligt sein. Aber die Reformen dürfen nicht den einzelnen Hochschulen allein überlassen bleiben, da sonst das Interesse an der Erhaltung von Strukturen und Positionen die Veränderung verhindert.

„Abwicklung" ist in bestimmten Hochschulbereichen unvermeidbar. Diejenigen, die unter der SED trotz fachlicher Qualifikation bei Besetzungen aus politischen Gründen übergangen wurden, sollten bei Neubesetzungen bevorzugt berücksichtigt werden.

Die Reformkräfte in den Hochschulen und Akademieinstituten der neuen Länder sollten sich zusammenschließen und sich mit den Verantwortlichen in den Länderparlamenten und Regierungen gemeinsam darum bemühen, daß Forschung und Lehre nicht ökonomischen Zwecken unterworfen werden, sondern ihre Freiheit und eigene Verantwortung wiedergewinnen.

III. Der Zusammenbruch des Kommunismus, die voreilige Rechtfertigung des Kapitalismus und das Berliner Programm der SPD

Was sich realer Sozialismus nannte, war eine Gesellschaft in der Spannung zwischen der Ideologie eines illusionären Überlegenheitsanspruchs und dem demütigenden Nachholzwang bei der ökonomischen Entwicklung. Die Ideologie versprach das Absterben des Staates; statt dessen entstanden bürokratische Diktaturen. Die Ideologie proklamierte proletarischen Internationalismus; sie hat aber nationale Gegensätze nicht entschärft, sondern verdeckt und dadurch verstärkt. In der Praxis wurde die Produktivkraftentwicklung zur alles beherrschenden, brutal durchgesetzten Forderung. Die Kommunisten taten meist genau das, was sie der Bourgeoise vorwarfen und da die Dynamik des Industriekapitalismus ungebrochen blieb, mußten sie es immer weiter tun. Ihre Ideologie geriet immer deutlicher in Widerspruch zu ihrem Handeln. Für viele ehemalige Kommunisten ist dieser Widerspruch jetzt auf eine sehr simple Weise gelöst: Der ökonomische Nachholzwang ist geblieben, die Überlegenheitsideologie haben sie durch die passendere Nachholideologie „Markt, Leistung, Eigentum" ersetzt.

Ungeniert darf nun gefordert und angestrebt werden, was im Grunde schon immer gewollt war: Die Produktivität der westlichen Wirtschaft. Nach wie vor soll dasselbe erreicht werden, aber es muß jetzt nicht mehr gleichzeitig überwunden werden. Die Ideologie steht sich selbst nicht mehr im Wege.

Insofern ist der Wirtschaftsliberalismus der folgerichtige Erbe des Kommunismus. Beide haben ein einseitig ökonomistisches Menschenbild und ein entsprechend verengtes Fortschrittsverständnis. Beide entmündigen die Menschen. Es ist kein Zufall, daß Kommunisten sich häufig ohne innere Verkrampfung leichter an die wirtschaftsliberalistische Ideologie und Praxis anpassen können als diejenigen, die von ihnen wegen unbotmäßiger Gedanken eingesperrt wurden.

Die Ideologie von der Allheilkraft des Marktes ist, bei umgekehrtem Vorzeichen, ähnlich unrealistisch wie die kommunistische. Sie verspricht Reichtum für alle, erzeugt aber für immer mehr Menschen Armut. Dies zeigt sich im Osten noch dramatischer als im Westen. Die wirtschaftsliberalistische Ideologie erhebt den Anspruch, von der kommunistischen Utopie zur geschichtlichen Realität zurückzuführen, aber auch ihr Wachstumsfetischismus trägt selbstzerstörerische Züge, weil er die natürlichen Lebensgrundlagen bedroht. Er wird rasch mit der Realität zusammenstoßen. Da die neue Einholideologie die ersehnte Übereinstimmung zwischen ideologischer Orientierung und geschichtlicher Wirklichkeit gerade nicht erreicht, wird sie eines Tages einer eigenständigen Orientierung der Menschen im Osten weichen müssen.

Es ist denkbar, daß diese eigenständige Orientierung, die möglicherweise rascher kommt als wir heute annehmen, sich an manchen Stellen berühren wird mit dem mühsamen Prozeß, der in der SPD zum Berliner Programm geführt hat.

Der strategische Ansatz des Berliner Programms war und ist, für die auf Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verpflichtete Arbeiterbewegung und die neuen sozialen Bewegungen eine gemeinsame Plattform zu schaffen. Die ist, nach 1½ Jahrzehnten harter Diskussion, gelungen: „Unser Zukunftsentwurf ist ein Angebot für ein Reformbündnis der alten und neuen sozialen Bewegungen" heißt es im Schlußkapitel des Programms.

Daß das Berliner Programm, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre erarbeitet, noch die Realität des marxistisch-leninistischen Systems unterstellt, hat zwar den Nachteil, daß es sich keine Gedanken um dessen Ablösung macht. Aber indem es sich gegen dieses System wendet, sich von ihm abgrenzen muß, wird sein freiheitliches Profil zwischen Wirtschaftsliberalismus und Kommunismus deutlicher. Daher bietet es Hoffnung für alle, denen die neue Nachholideologie nicht als Antwort auf das Scheitern des Kommunismus einleuchtet.

Wer das Programm heute mit Blick auf den Osten liest, wird finden, daß es keine politische Aufgabe in Ostdeutschland oder Osteuropa gibt, die andere, neue Grundsatzüberlegungen verlangen würde. Das Fortschrittsverständnis des Berliner Programms unterscheidet sich von dem der Kommunisten ebenso wie von dem der Wirtschaftsliberalen:

„Bloßes Fortschreiben bisheriger Entwicklungen ergibt keine Zukunft mehr.

Wir wollen Fortschritt, der nicht auf Quantität, sondern auf Qualität, auf eine höhere Qualität menschlichen Lebens zielt. Er verlangt Umdenken, Umsteuern, Auswählen und Gestalten, vor allem in Technik und Wirtschaft.

Je gefährdeter die Welt, desto nötiger der Fortschritt. Wer Bewahrenswertes erhalten will, muß verändern: Wir brauchen einen Fortschritt, der den Frieden nach innen und außen sichert, das Leben von Mensch und Natur bewahrt, Angst überwindet und Hoffnung weckt. Wir brauchen einen Fortschritt, der unsere Gesellschaft freier, gerechter und solidarischer macht."

Die Notwendigkeit, der Marktwirtschaft einen festen Rahmen zu geben, der nicht nur die Bezeichnung „soziale Marktwirtschaft" rechtfertigt, sondern auch ökologisches verantwortbares Handeln vorteilhaft und schließlich zwingend macht, indem die Zerstörung unserer Lebensgrundlagen immer teurer und schließlich unmöglich wird, diese Notwendigkeit gilt für den Osten eher noch mehr als für den Westen. Kann der Osten Deutschlands die Vorteile des Nachzüglers nutzen und fatale Fehler des Westens vermeiden?

Für das, was das Berliner Programm den Bürgerdialog über Zukunftsfragen nennt, dürfte es gerade im vereinten Deutschland Verständnis und immer neuen Anlaß geben. Plebiszitäre Elemente in der Verfassung, wie sie das Programm vorsieht, könnten schließlich den unmittelbaren Erben einer Revolution nicht weniger einleuchten als denen, die mit dem Funktionieren ihrer parlamentarischen Demokratie leidlich zufrieden sind. Und die Notwendigkeiten der Dritten Welt, eine Dimension des Berliner Programms, werden die Zweite Welt auch dann einholen, wenn sie sich zur Ersten geschlagen hat.

Vielleicht war es ein Glücksfall, daß die Sozialdemokratie genau in dem Augenblick, in dem der Kommunismus zusammenbrach, eine langjährige Diskussion darüber abschließen konnte, was für absehbare Zukunft demokratischer Sozialismus bedeutet. Alles spricht dafür, auf das Ergebnis dieser Diskussion gerade da zurückzugreifen, wo der Zusammenbruch einer angeblich sozialistischen Ideologie zuerst einmal die politische Rechte zu begünstigen scheint.

C91

Herausgeber: Vorstand der SPD, Referat Öffentlichkeitsarbeit, 5300 Bonn 1
Druck: Courir-Druck GmbH, 5300 Bonn 3 5-91—A 1—10 Bestell-Nr. 320 019 4

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier